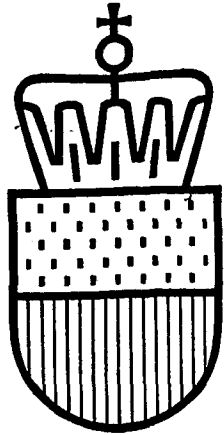


Liechtensteiner Volksblatt



Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 18.—, halbjährlich Fr. 9.50, vierteljährlich Fr. 4.80. Ausland jährlich Fr. 36.—, halbjährlich Fr. 18.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Vaduz, Altenbachstrasse, Tel. (075) 221 43, Postcheckkonto IX 2988 St. Gallen. Redaktion: Vaduz, Commerzhaus, Telefon (075) 213 94. Druck: Buchdruckerei Gutenberg, Schaan, Liechtenstein

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame
Inland 10 Rp. 25 Rp.
Angrenzendes Rheintal, Sargans bis Sennwald 12 Rp. 27 Rp.
Schweiz 13 Rp. 29 Rp.
Uebrigens Ausland 15 Rp. 33 Rp.
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 221 43. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG, St. Gallen, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

AZ Vaduz - Samstag, 9. März 1963

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

97. Jahrgang — Nr 38

Besinnung im rechten Augenblick

Wie wurden die Massnahmen der Fürstlichen Regierung gegen die zunehmende Ueberfremdung unseres Landes von der Bevölkerung und von der Arbeiterschaft aufgenommen. Die neuesten Schritte unseres Schweizer Nachbarlandes bestätigen die Haltung Liechtensteins in dieser wichtigen Frage

(w.) Die Massnahmen der Fürstlichen Regierung zum Problem der zunehmenden Ueberfremdung unseres Landes riefen verschiedene Reaktionen seitens der Bevölkerung und namentlich der einzelnen Wirtschaftsgruppen auf den Plan. Teilweise wurden diese Schritte begrüsst, teilweise verurteilt und naturgemäss von den verschiedenen sozialen Gruppen unterschiedlich aufgenommen. Die liechtensteinischen Vorschriften über den Zuwachs von Fremdarbeitern in unserem kleinen Lande und die damit verbundene Einschränkung wurde in einem Teil der europäischen Presse kommentiert und fast ausschliesslich positiv beurteilt. Eine Deutsche Wirtschaftszeitung nannte das Vorgehen der Regierung äusserst mutig und bewunderte die liechtensteinische Haltung, die selbst in Zeiten der Hochkonjunktur nicht davor zurückschreckte, die wirtschaftliche Hochblüte in gesunde und solide Bahnen zu lenken. In der Tat ist es wichtig, sich nach dem Prinzip «Spare in der Zeit, so hast du in der Not», an spätere eventuell wirtschaftlich weniger günstige Zeiten zu erinnern und dem wirtschaftlichen Gefüge des Staates eine gesunde Grundkonzeption zu verleihen.

Von 17 200 Einwohnern leben in unserem Lande 4 900 Ausländer, abgesehen von 2 000 Grenzgängern, die hier in unserem Lande ihr Brot verdienen. Der Zuwachs der einheimischen Bevölkerung betrug in den letzten 10 Jahren rund 1 450 Personen, während der Zuwachs an Ausländern in der gleichen Zeit rund 1 423 Personen, also fast gleichviel ausmachte. Diese Zahlen erscheinen im ersten Augenblick nicht

sehr dramatisch, stellen aber eine akute Gefahr für die Erhaltung unserer liechtensteinischen Eigenart dar.

Noch deutlicher sprechen die Zahlen in unserer Industrie, wo heute noch lediglich 42% der Belegschaften Liechtensteiner sind. Mehr als 57% unserer Industriebelegschaften sind Ausländer, wovon 34% auf Grenzgänger entfallen. Wenn wir nun von den 23% der hier wohnhaften Ausländer in der Industrie absehen, und uns vorwiegend mit den 34% Grenzgängern befassen, ergibt sich allein daraus schon ein bedenkliches Bild. Es ist bekannt, dass sich die liechtensteinische Industrie, die heute als Basis unserer Wirtschaft gilt, lediglich durch das Exportgeschäft entwickeln und erhalten kann. Unsere Industrie ist also ausschliesslich vom ausländischen Markt abhängig und noch mehr, sie ist auch auf die ausländischen Arbeitskräfte angewiesen.

Geringe Umstellungen im Ausland hätten in kurzer Zeit die Abwanderung der Grenzgänger zur Folge, was ebenfalls in kürzester Zeit einen radikalen Niedergang der Leistungsfähigkeit unserer Industrie bedeuten würde.

Da es bei uns Betriebe gibt, in denen die Zahl der Grenzgänger mehr als 40% der gesamten Belegschaft ausmacht, könnten solche Umschichtungen gar zum teilweisen Zusammenbruch dieser Betriebe führen.

Die Regierung will mit den getroffenen Massnahmen den derzeitigen Stand auf dem Arbeitsmarkt unseres Landes, der wie wir eben feststellten, keineswegs als stabil angesehen werden darf, durchaus nicht einschränken, sondern eine weitere Abhängigkeit, die sich durch noch grössere Zuwanderungen ergeben würde, verhindern. Die neuen Vorschriften, die vorläufig auf zwei Jahre beschränkt sind, wurden also ausschliesslich im Interesse der liechtensteinischen Wirtschaft und sowohl der liechtensteinischen, als auch der ausländischen Arbeitskraft erlassen.

Die derzeitige überaus hohe Zahl an ausländischen Arbeitskräften soll beibehalten werden und abwandernde ausländische Arbeitskräfte können jederzeit durch neue Ausländer ersetzt werden.

Man ersieht daraus, dass die erlassenen Vorschriften, die momentan teilweise hart erscheinen mussten, schlussendlich der Rationalisierung und Stabilisierung unserer Wirtschaft dienen. Eine Expansion im gesunden Rahmen ist trotzdem weiterhin gewährleistet und die erlaubte Zuwachsquote von Ausländern den gegebenen Verhältnissen angepasst. Nach den neuen Vorschriften darf der Zuwachs an Ausländern pro Jahr nicht höher sein als 25% des natürlichen liechtensteinischen Zuwachses. Von 100 Liechtensteinern dürfen immerhin noch ein Viertel oder 25 Personen Ausländer sein, was uns bei der Kleinheit unseres Landes durchaus als annehmbar erscheint. Nicht betroffen durch diese Massnahmen werden die saisonalen Arbeitskräfte, die nur vorübergehend bei uns arbeiten, so z. B. die Angestellten und Arbeiter im Bau- und Gastge-

werbe. Bei übermässigem Zuwachs würden aber auch hier neue Richtlinien geschaffen.

Ein weiterer Schritt unserer Regierung wird es sein, hinsichtlich der Niederlassungen etwas grosszügiger zu sein und den Gemeinden von alteingesessenen Ausländern, die schon mehr als eine Generation lang hier wohnen, zu erleichtern und zu empfehlen.

Nach den ersten zwei Monaten seit Inkrafttreten des Regierungsbeschlusses, betr. das Ueberfremdungsproblem, gibt es immer noch Stimmen, die diese neuen Massnahmen kritisieren und in ihnen teilweise gar eine Schikane des Staates gegenüber der Wirtschaft sehen. Ebenso ist man oft der Auffassung, die Vorschriften richteten sich gegen die bei uns ansässigen Fremden oder Grenzgänger, was aber keinesfalls bejaht werden kann.

Die neue Regelung will die liechtensteinische Wirtschaft stabiler gestalten und ihre Anfälligkeit gegen konjunkturelle Rückschläge vermindern. Eine gesunde Wirtschaft garantiert zugleich eine gesunde Arbeitslage, wodurch die neuen Vorschriften unserer einheimischen und zugleich auch unserer ausländischen Arbeitskräfte zugute kommen. Die wirtschaftliche Struktur unseres Landes muss jedoch seiner Grösse angepasst sein.

Auch der ausländische Arbeiter und Angestellte in Liechtenstein kann nur daran interessiert sein, dass sein Arbeitsplatz eine sichere Existenzmöglichkeit für ihn bildet. Es ist deshalb nicht ganz verständlich, dass in gewissen Kreisen die Auffassung besteht, die neuen Massnahmen richteten sich eben gegen die Fremdarbeiter oder gegen die Grenzgänger.

Die kritischen Stimmen zu diesen Einschränkungen, die zum Teil auch in unserer Landespresse ihren Niederschlag fanden, dürften sich nach den neuesten Beschlüssen des Schweizerischen Bundesrates bestimmt verringert haben. Obwohl die Schweiz gegenüber unserem kleinen Lande mit mehr als 5 Millionen Einwohnern als Grossstaat bezeichnet werden kann, studierte unser Nachbarland diese ungesunde Entwicklung (Bestand in der Schweiz: Kontrollpflichtige Ausländer ca. 650 000, Niedergelassene ca. 1 000 000) schon seit langer Zeit und ergriff gleichzeitig ähnliche Massnahmen wie Liechtenstein.

Wenn sich ein Land wie die Schweiz, das eine gewisse wirtschaftliche Stabilität selbst in Krisenjahre bewahren konnte, zu ähnlichen Massnahmen entschlossen hat, muss man die getroffene liechtensteinische Regelung mehr als befürworten.

Bestimmt ist die Gefahr der Ueberfremdung in der Schweiz geringer als in unserem Lande und die grössere Unabhängigkeit der schweizerischen Industrie vom Ausland unbestritten. Wenn sich unser Nachbarland trotzdem für die Begrenzung des Zustroms der Fremdarbeiter ausspricht, hat das seine guten Gründe. Wir zitieren nachstehend den Kommentar der «Neuen Zürcher Zeitung» zu den Massnahmen des Bundesrates:

«Die Konjunkturgespräche, die der Bundesrat in den letzten Wochen mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft und den Gewerkschaften geführt hat, haben bei der obersten Landesbehörde in der Fremdarbeiterfrage einen Beschluss reifen lassen,

der nicht nur konjunkturpolitisch, sondern auch staatspolitisch von grosser Tragweite ist. Der

Tribüne
DER FREIEN MEINUNG

Theaterfreudiges Liechtenstein . . .

Die Liechtensteiner spielen gerne Theater. Sie besuchen aber auch gerne Theater. Das bewies einmal mehr die begeisterte Aufnahme von Max Frisch's «Andorra» in Feldkirch, aufgeführt vom «Theater für Vorarlberg». Soviel Liechtensteiner waren noch kaum je an einer Theateraufführung in Feldkirch. Gewiss, Andorra und Frisch mussten viele anlocken.

Wäre es nicht prüfenswert, ob das «Theater für Vorarlberg» nicht auch für Vaduz verpflichtet werden könnte. Ein Versuch würde sich bestimmt lohnen. G. A.

Entscheid, künftig die Zulassungspraxis für ausländische Arbeitskräfte in der Weise zu verschärfen, dass grundsätzlich Aufenthaltsbewilligungen für Fremdarbeiter nur noch an industrielle und kommerzielle Unternehmungen erteilt werden, die sich bereit erklären, ihren aus Schweizern und Ausländern bestehenden Gesamtpersonalbestand nicht über die Höchstzahl des Dezembers 1962 oder den Durchschnitt des Jahres 1962 auszudehnen,

schafft ein Mittel, mit dem es möglich sein sollte, für das laufende Jahr mindestens den weiteren Zuwachs der Fremdarbeiterzahl stark abzumildern.

Bei der Politik des Zuzugs von Fremdarbeitern überwiegen die konjunkturpolitischen und wohnstandpolitischen Vorteile so lange, als ihre Zahl in angemessenen Proportionen blieb. Als der Bestand fremder Aufenthalter im August letzten Jahres auf 650 000 Personen stieg und damit das Heer der ausländischen Arbeitskräfte, einschliesslich der Niedergelassenen und der Nichtangemeldeten, auf 750 000 bis 800 000 Personen anwuchs, begannen jedoch die Nachteile der allzu starken Auslandsabhängigkeit unserer Wirtschaft und der Ueberfremdungsgefahr derart zu überwiegen, dass man dieser Entwicklung aus wirtschaftlichen und staatspolitischen Gründen nicht mehr untätig zusehen konnte. Man kann heute bedauern, dass dieser Entwicklung nicht schon früher begegnet wurde; dass dies nicht geschah, lag jedoch gerade darin, dass man die daraus entstehenden Schwierigkeiten und Nachteile als grösser ansah als das Bestehenlassen des unbehaglichen Zustandes.

Um so höher ist der jetzige mutige Entschluss des Bundesrates zu werten, der dieser zu einem nationalen Problem gewordenen Entwicklung Einhalt gebieten will. Dass der mit der Begrenzung des Fremdarbeiterzustroms verbundene Eingriff in die Freizügigkeit des Arbeitsmarktes dem Bundesrat zwar an sich grundsätzlich zuwider ist, bringt der offizielle Kommentar

Die neuen Verkehrsregeln

Gut und regelmässig beleuchtet?

Jeden Tag wird der Polizei, den Verkehrsverbänden, Briefkastenonkeln oder anderen Auskunftspersonen die Frage gestellt, wann mit Standlichtern gefahren werden müsse. Art. 31 der Verordnung über die Strassenverkehrsregeln besagt hierüber: «Beim Fahren sind zu verwenden auf gut und gleichmässig beleuchteten Strassen innerorts und ausserorts die Standlichter». Was heisst gut und regelmässig beleuchtet? Es gibt darauf bis heute alle möglichen (zum Teil auch unmöglichen!) Antworten, jedoch sind nur drei davon brauchbar.

Eine Strasse kann dann als «gut und gleichmässig beleuchtet» angesprochen werden, wenn für ein normales Auge tagelichtähnliche Verhältnisse herrschen. Weit eindeutiger ist aber das nächste Kriterium, nämlich dass man jeden Verkehrsteilnehmer oder Vorgang auf eine Distanz von mindestens 100 m leicht und eindeutig erkennt. Schlusslich gibt es eine einfache Methode, um zu prüfen, ob eine Strasse gut und gleichmässig beleuchtet sei. Wird von Standlicht auf Abblendlicht umgeschaltet, ohne dass daraus irgendeine Aufhellung der Fahrbahn resultiert, darf Standlicht als genügend betrachtet werden. Der Automobilist tut aber sicher gut daran, namentlich beim Abbiegen in weniger gut beleuchtete Strassen unverzüglich auf das bisher übliche Abblendlicht zu schalten. Man muss nämlich nicht nur sehen, sondern auch gesehen werden!

sich zunächst kopflös in einen Wettlauf mit den Sowjets ein. Für die Entwicklungsländer selber war es nur allzu verlockend, die Angebote des Ostens gegen diejenigen des Westens auszuspielen und auf diese Weise ein Maximum für sich selber herauszupressen. Die Entwicklungshilfe wurde zu einem Politikum ersten Ranges; und die Ironie will es, dass auf Grund dieser Konkurrenz in vielen Fällen gerade nicht die wichtigsten und dringlichsten Projekte zum Zuge gelangten. Nur wenige - unter ihnen John Foster Dulles - sahen schon sehr früh ein, dass auch die Sowjets in wirtschaftlichen Dingen nur mit Wasser kochen, und dass ihre Versprechen an die Entwicklungsländer auch Hypotheken für die Sowjets selber tragen. Erst bei der Finanzierung des Assuan-Damms liess man sich nicht mehr erpressen und den Russen freihändig den Vortritt.

Inzwischen zeigen sich die Hypotheken der sowjetischen Entwicklungshilfe immer deutlicher. Der Bau des Assuan-Damms führte zu den allergrössten Schwierigkeiten zwischen Russen und Aegyptern. Viele von der Sowjet-Union oder den Satellitenländern gelieferte Waren entsprechen den qualitativen Erwartungen in den Entwicklungsländern nicht. Scheinbare Preisvorteile sowjetischer Produkte er-

weisen sich angesichts ungeheurer «versteckter Kosten» als viel teurer als die entsprechenden Produkte aus dem Westen. Beispielsweise sind die von vielen Entwicklungsländern erworbenen Ilyuschin-Flugzeuge verhältnismässig billig im Ankauf; dafür verlangen die Sowjets Unsummen für die absolut notwendigen Ersatzteile; und die Betriebs- und Unterhaltungskosten sind so hoch, dass der Flugbetrieb unrentabel werden muss. Ein westafrikanisches Land hat aus diesen Gründen soeben sämtliche Ilyuschin-Flugzeuge wieder abgestossen und dafür britische Flugzeuge eingestellt. Ähnliche Erfahrungen machten südamerikanische Länder mit dem Import von Autocars und Personenwagen. Vielfach ist es den Russen und Tschechen gar nicht möglich, Ersatzteile zu liefern, so dass die Wagen bald einmal stille stehen. In einzelnen Ländern wurden überhaupt nicht bestellte Waren geliefert oder irrtümlich Lieferungen ausgeführt. Der Paradefall dieser Art sind Schneepflüge und Tausende von Abortdeckel, die in Guinea eintrafen, obwohl es an der afrikanischen Küste nie schneidet und Abortanlagen noch weitgehend fehlen! In einige arabische Länder sandten die Chinesen Konserven mit der Aufschrift «Schafffleisch»; aber die Araber fanden bald heraus, dass es sich

um Fleisch von Hunden handelte! Manchmal, besonders wenn ein Vergleich schwierig ist, sind die Preise von Waren dieser Herkunft bis doppelt so hoch als jene aus dem Westen.

Erfahrungen dieser Art tragen natürlich nicht dazu bei, die Leistungsfähigkeit der sowjetischen Wirtschaft und ihre Redlichkeit in den Entwicklungsländern zu demonstrieren. Und auch die «roten Missionare» im weissen Arztmantel oder im blauen Overall werden bald durchschaut und isoliert, ja sogar nach Hause geschickt. So erweist sich in vielen Fällen die Wirtschaftshilfe des Ostens als ein wahrer Bumerang, der auf die Sowjets selber zurückfällt. Die Situation ist heute so kritisch geworden, dass vielfach die Handelsverträge zwischen den Sowjets und den Entwicklungsländern auf der einen oder auf beiden Seiten nicht mehr erfüllt werden. Die meisten unterentwickelten Länder beginnen eine heilsame Unterscheidung zwischen den Worten und den Taten der Sowjets zu machen. Und dies führt, langsam aber stetig, zu einer Aufwertung der Hilfe aus dem Westen, die eben nicht nur versprochen sondern auch peinlich genau geleistet zu werden pflegt. In dieser Beziehung hat die Sowjet-Union eine wichtige Schlacht verloren... Luzius

notiert und kommentiert...

UdSSR: Entwicklungshilfe als Bumerang?

Zu Beginn der Fünfzigerjahre hielt die sowjetische Führung die Unterstützung der sogenannten Entwicklungsländer in finanzieller, technischer und personeller Beziehung für ein hervorragendes strategisches Instrument, um den Kommunismus zu verbreiten. Die Förderung der Industrialisierung in diesen rückständigen Ländern sollte ein Industrieproletariat erzeugen, das als für die materialistische Heilslehre anfällig betrachtet wird. Gleichzeitig sollten die technischen Leistungen für die sowjetische Wirtschaft werben, und ein jeder Ingenieur, Arzt und Wissenschaftler, der aus einem kommunistischen Land in ein unterentwickeltes Gebiet versetzt wurde, durfte als ein willkommener Missionar für den Marxismus betrachtet werden. Aus dieser Zeit stammen die grossen Hilfsversprechen der Sowjet-Union; nicht zuletzt die Zusage für den Bau des gigantischen Assuan-Damms in Aegypten.

Der Westen liess sich durch die sowjetische Offensive auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe recht eigentlich ins Bockshorn jagen. Er liess